

# LOCOMOTIVE.

Zeitung für politische Bildung des Volkes.

Erscheint täglich mit Ausnahme der  
Sonn- und Feiertage.

Redacteur: **Seld.**

Bei allen Postämtern und Buchhandlungen  
vierteljährlich 22½ Sgr. franco.

Monatspreis: hier incl. Botenlohn 7½ Sgr.

Insertionsgebühr 1½ Sgr. pro Petitzeile.

Die geehrten hiesigen Abonnenten der Locomotive, welche von der Haupt-Expedition aus bedient werden, wollen den Pränumerations-Betrag pro Mai nur gegen eine bedruckte, mit dem blauen Stempel des Verlegers versehene Quittung verabsolgen lassen.

Wegen der am Montag stattfindenden Wahlen erscheint die Locomotive am Dienstag nicht, und wird dieselbe späterhin nachgeliefert.

## Mein Candidaten-Programm.

Als ich in Nr. 11 d. Bl. meine Candidatur für die Deputirtenwahl ankündigte, hatte ich zunächst nur die Absicht, mit gutem Beispiele voranzugehen auf der Bahn der — Unbescheidenheit, wie man es noch kürzlich nannte, wenn sich Jemand zur Uebernahme eines „Ehrenamtes“ selbst meldete. Dieser Pöpsel scheint dem deutschen Michel endlich glücklich abgeschnitten zu sein; meine Absicht ist erreicht worden; das so überaus nothwendige Institut der Wahl-Candidatur hat Eingang gefunden; und ich hätte nun über meine eigene Bewerbung schweigen können. Ja, was noch mehr sagen will, ich hatte sogar schon ernstlich den Entschluß gefaßt, für meine Candidatur nicht weiter zu wirken, weil mich die unter den Bürgern Berlins vorherrschende antidemokratische Stimmung belehrte, daß an die Durchbringung eines demokratischen Candidaten gar nicht zu denken sei, und weil ich also meine Zeit nicht gern nutzlos opfern möchte. Allein die Berathschlagungen, welche ich darüber mit einigen Bekannten gepflogen, haben mich von dem beabsichtigten Rücktritte wieder zurück gebracht, wenigstens in so weit, als ich es jetzt angemessen finde, mein Programm zu veröffentlichen, damit den Wahlmännern doch eine Urkunde vorliege, aus der sie die Ueberzeugung schöpfen können, ob ich ihres Mandats würdig sei oder nicht. — Ich habe alsdann dadurch wenigstens meine staatsbürgerliche Pflicht als publicistische Persönlichkeit erfüllt, eine Pflicht, die mir um so größer erscheint, je mehr ich von der gerechten Besorgniß erfüllt worden bin, daß die so wichtige constituirende Nationalversammlung aus meist reactionären Elementen bestehen wird, die uns den größten Theil der Errungenschaften Preußens vernichten können und also auch vernichten werden. —

Aus diesen Gründen will ich zwar mein demokratisches Programm veröffentlichen, werde mich aber jeder andern, jeder speciellen Einwirkung auf die Stimmung der Wähler enthalten, weil ich über-

zeugt bin, daß bei einer würdigen Wahl bloß die Sache, nicht aber die Person siegen muß.

Eben deshalb werde ich auch über die nothwendigen Personalien kurz hinweg gehen, um desto schneller zur Sache zu kommen:

Ich bin in Schlessen geboren, 35 Jahre alt, dem Taufscheine nach evangelischer Confession, dem inneren Bewußtsein zufolge aber keiner Kirche oder Sekte angehörend. Im Militair-Waisenhaus zu Potsdam bis zu meinem 17. Jahre erzogen und dadurch zum Militairstande bestimmt, hatte ich mir durch Selbststudium die zum Officiers-Examen nöthigen Kenntnisse erworben und wurde mit dem 18. Lebensjahre Lieutenant. Diese Stellung harmonirte indeß mit meinen Ansichten von Freiheit, Kirche und Staat so wenig, daß sie mir unerträglich wurde, weshalb ich schon nach sechsjähriger Dienstzeit um meinen Abschied bat und denselben erhielt. Neigung zu irgend einer künstlerischen Ausbildung drängte mich zur Bühne, wo ich mich vier Jahre lang der theoretischen und praktischen Dramatik widmete, bis der Aufschwung Deutschlands im Jahre 1840 mich auf die politische Laufbahn trieb, in welcher ich als publicistischer Schriftsteller zu wirken suchte. In dieser Wirksamkeit war ich anfangs ein sogenannter Liberaler, wurde aber auf dem Wege der öffentlichen Discussion und des eigenen Denkens sehr bald ein Radicaler und Demokrat. Das bin ich noch, nachdem ich durch das alte System jahrelange Verfolgungen gegen meine Existenz und meine Person erlitten und erduldet habe, gemäß welcher Verfolgungen mein letzter Aufenthalt die Citadelle zu Magdeburg war, allwo ich vom Juli 1846 bis zum Juli 1847 als Pressverbrecher gefangen gefessen habe. Die bürgerlichen Ehrenrechte sind mir niemals abgesprochen worden. —

Was mich antreibt, mich um die Wahl zum Deputirten zu bewerben, werde ich nicht weiter auseinandersetzen; denn was ich darüber sagen könnte, könnte jeder Andere auch sagen. Schöne Redensarten über Vaterlandsliebe, über den Trieb, zum Wohle des Volkes zu wirken, über den Drang, ein Scherf-

lein beizutragen zum Heile des Staats, — solche Phrasen kann Jeder im Munde führen, der keine Spur davon im Herzen hat; — sie beweisen nichts; sie geben keine Bürgschaft; sie gehören also nicht in das Candidaten-Programm eines Politikers.

Dahin gehören vielmehr einzig und allein die politischen Grundsätze, welche ihm bei den Debatten und den Abstimmungen der Volksvertretung als Leitfaden, als Richtschnur dienen sollen: — und diese meine politischen Grundsätze bestehen in Folgendem:

Ich will die Demokratie oder die Volksherrschaft für Preußen und für Deutschland, vermöge ihres besondern politischen Standpunktes in der Verfassungsform eines constitutionellen Staates, d. h. eines solchen, welcher die Gesetzgebungs- und Besteuerungs-, also die eigentliche Regierungsgewalt dem Volke zuspricht, und den erblichen König als die unverletzliche Spitze der innern Verwaltung, und nach außen hin als den Repräsentanten der Nation erscheinen läßt.

Als Consequenz dieses Prinzips erscheint die Forderung eines Wahlgesezes auf der breitesten Grundlage, d. h. eines Wahlgesezes ohne allen Censur und mit direkter Wahlart; ferner die Verwerfung einer ersten Kammer und das Veto (Einspruchsrecht) der Krone. Die Rechtfertigung dieser Grundsätze ist schon in Nr. 21 d. Bl. enthalten.

Was die Volksrechte betrifft, so dient ihnen das Princip der staatlichen Freiheit als Unterlage; den Begriff der staatlichen Freiheit aber erfasse ich so: daß ich darunter verstehe die unbedingte Befugniß des Staatsbürgers zu einer jeden Meinung und Handlung, so weit dadurch die Rechte eines Andern nicht verletzt werden. —

Wenn ich demzufolge die staatliche Freiheit zu meinem Princip erkläre, so versteht sich die Erzielung der Consequenzen desselben von selbst. Ich brauche also erst nicht zu sagen, daß ich Pressfreiheit, Religionsfreiheit, Redefreiheit, Associationsfreiheit, Erwerbsfreiheit u. s. w. fordere.

Weit nöthiger erscheint es mir, ausführlich der Institutionen zu gedenken, welche ich von dem Staate für den Staat fordern werde, um die Segnungen der Freiheit mit der Wohlfahrt des Volkes zu verschwistern.

Diese Wohlfahrt des Volkes, die materielle wie die geistige, wird das Hauptziel meines Strebens sein. Aber es würde hier zu weit führen, alle die einzelnen, dahin abzielenden Institutionen nur anzugeben; und deshalb werde ich die schon bekannteren und gewöhnlicheren Forderungen der Zeit hier übergehen, um mich auf diejenigen einlassen zu können, mit denen ich über die Punkte des gewöhnlichen liberalen Programms hinaus greife.

Dazu gehören vorzugsweise folgende Forderungen, von denen ich noch zu bemerken habe, daß ich sie hier bloß kurz anführen kann, und daß ich mir die Motivirung derselben bis dahin vorbehalten muß, wo ich für alle diese einzelnen Forderungen auf dem Wege der Presse — oder vielleicht auch auf dem Wege der Kammer-Debatte — werde wirken müssen: —

### I. Im Departement des Auswärtigen.

- 1) Herstellung eines deutschen Bundesstaates mit demokratisch-constitutioneller Verfassung.
- 2) Herstellung aller der bereits vielfach erörterten Institutionen, welche nothwendig sind, um den Bundesstaat zu einem wirklichen Bundesstaate zu machen.

### II. Im Departement der Geisteskultur.

- 3) Umformung des gesammten Schulwesens. (Geistige und körperliche Ausbildung der Jugend auf Kosten des Staats. — Erhaltung und Erziehung sämtlicher Waisen auf Kosten des Staats.)
- 4) Böllige Emancipation der Kirche vom Staate und des Staats von der Kirche. (Der Staat ignoriert die religiösen und kirchlichen Angelegenheiten völlig, überläßt die Anstellung der Pfarrer und die Erhaltung der Kirchen den gläubigen Gemeinden auf deren Kosten, entsagt jeder Controle in kirchlichen Dingen und führt zu diesem Ende Civilstandsregistratur für Geburt, Ehe und Tod ein.)

### III. Im Departement des Krieges.

- 5) Abschaffung des kostspieligen, müßiggängerischen und freiheitsgefährlichen stehenden Heeres und Errichtung allgemeiner Landeswehr. — (Bezirksstämme zur Ausbildung der Staatsbürger im Gebrauche der Waffen innerhalb dreier Monate.)

### IV. Im Departement des Innern.

- 6) Umformung des Verwaltungswesens. (Grundsatz: die Beamten nicht Herren, sondern wirkliche Diener des Staats. Jede Willkür einzelner Beamten muß eine Unmöglichkeit sein.)
- 7) Aufhebung aller Privilegien. (Grundsatz: Gleichheit aller Staatsbürger in den Augen des Staats.)

### V. Im Departement der Justiz.

- 8) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der gesammten Rechtspflege.
- 9) Unentgeltlichkeit der gesammten Rechtsflage. (Dagegen Strafen für erweislich muthwilliges Veranlassen von Klagen.)
- 10) Reform der Untersuchungshaft. (Beschränkung derselben auf solche Fälle, wo Flucht des Verbrechers oder Verdunkelung der Sache zu erwarten ist. Unrechnung der Untersuchungshaft auf die Strafe des Schuldigen. Angemessene Entschädigung des Freigesprochenen für die erlittene Untersuchungshaft.)
- 11) Reform des Gefängnißwesens. (Möglichste Strenge und Härte des Gefängnisses; dagegen Verkürzung der Dauer der Haft auf ein Maximum von einem Jahre. Kein Verbrecher darf länger als ein Jahr seinem Erwerbe und seiner Familie entzogen werden.)
- 12) Todesstrafe einzig und allein für das Verbrechen des vollendeten Mordes.
- 13) Abschaffung aller Geldstrafen.

### VI. Im Departement des Verkehrs.

- 14) Befreiung der erwerbenden Klasse von der Despotie der Capitalmächte. (Unverzinsliche Darlehen von Seiten des Staats auf jedes Besizthum.)
- 15) Organisation der Erwerbsverhältnisse nach folgenden Grundsätzen: Jeder, der Kraft und Willen

zur Arbeit hat, muß Gelegenheit zur Arbeit haben. Wichtiges Verhältniß zwischen Arbeit und Lohn und zwischen Lohn und Preis der Bedürfnisse. Keine Arbeit ohne Erwerb! Kein Erwerb ohne Arbeit! —

#### VII. Im Departement der Finanzen.

15) Abschaffung sämtlicher Steuern bis auf zwei: eine Besitz- und eine Erwerbssteuer. (Alle Bedürfnisse des Staates müssen durch diese beiden Steuern gedeckt werden.)

16) Progression der Steuer in geometrischem Verhältniß.

17) Wichtiges Verhältniß der Besoldungen zu den Leistungen der Beamten.

18) Aufhebung aller Standes-Pensionen. Dagegen Stiftung eines allgemeinen Invalidenfonds für die beschlossenen Staatsbürger, welche durch Alter oder Krankheit am Erwerben gehindert sind.

Hiermit, Ihr Wahlmänner Preußens, schließe ich mein demokratisches Programm. Ihr möget nun entscheiden, ob die Verfolgung desselben dem Vaterlande, dem Staate und dem Volke von Nutzen sein kann oder nicht, und mir nach dem Ausfalle dieser Entscheidung Euer Mandat übertragen oder versagen. — Ich habe das Meinige gethan; — thut Ihr das Eure! —

**Geld.**

### Italien.

— Palermo. Das Parlament von Sicilien, welche Insel sich bekanntlich vom Königreich beider Sicilien provisorisch losgerissen hat, faßte folgenden Beschluß: Ferdinand Bourbon und seine Dynastie sind für immer des Thrones von Sicilien verlustig. — Es heißt zwar ferner in dem Beschlusse: Sicilien wird sich constitutionell regieren und einen italienischen Fürsten auf den Thron des neuen Inselkönigreichs berufen, sobald es seine Verfassung reformirt haben wird. — Das ist aber wohl nur bloße Redensart; denn wenn es nur auf einen italienischen Fürsten ankäme, so hätten sie ja Ferdinand behalten können. Man beschwichtigt mit diesem Versprechen vor der Hand die Feinde der Freiheit. Hat sich die Welt dann später sechs Monate oder ein Jahr lang daran gewöhnt, Sicilien ohne König regiert zu sehen, dann ist der König vergessen und die Republik fertig in optima forma. Denn man vergißt die Könige selbst viel leichter als ihre Versprechungen. —

### Locomotivfunken.

— Die siebente Auflage von Brockhaus' Conversations-Lexicon, Leipzig 1827, S. 796 u. 797, enthält unter dem Artikel „Schleswig“ folgende Stellen: Schleswig, dänisches Herzogthum, macht den südlichen Theil von Jütland aus. — Schleswig war von je her ein Bestandtheil Dänemarks, und die Behauptung, daß es ein deutsches Reichslehn gewesen sei, ist nicht historisch erwiesen. Dagegen aber hat das Land fast immer den nachgeborenen dänischen Prinzen als Apanage gedient, und verschiedentlich zu Familienstreitigkeiten, insonderheit über

die Frage, ob der Besitz desselben erblich oder vererblich sei, Anlaß gegeben. Erst seit 1720 ist Dänemark im unbestrittenen Besitze Schleswigs, doch sind die Ansprüche des Hauses Holstein erst durch den Vertrag von 1773 völlig ausgeglichen worden. Uebrigens steht das Land noch in gewisser Verbindung mit Holstein. — So sagt also das Brockhaus'sche Conversations-Lexicon vom Jahre 1827. Seit dieser Zeit muß sich die Weltgeschichte des Mittelalters bedeutend zum Vortheil der Deutschen geändert haben, denn die Brockhaus'sche Zeitung vom Jahre 1848 schwört Stein und Bein, Schleswig habe seit Menschengedenken zu Deutschland gehört und sei bloß eines dunklen Abends aus Mißverständnis unter die dänische Krone gefallen.

### (Singesandt.)

— Nach der Uebersicht, welche der Herr Finanzminister Hansemann dem kürzlich abgetretenen Landtage vom dem Zustande des Staatsschatzes gegeben hat, sind im Laufe des vorigen Jahres vier Millionen Thaler zum Ankauf von Getreide verwendet worden, und zwar lediglich zur Linderung des damaligen Nothstandes. Durch den Wiederverkauf desselben sollen 889000 Thlr. in den Staatsschatz zurückgefloßen sein, und 998000 Thlr. werden noch erwartet. Vorausgesetzt nun, daß diese Erwartung sich bestärkt, so fehlen auch dann noch 2,113000 Thlr.

Die Verwendung einer so bedeutenden Summe mußte um so wirksamer sein, als sie nicht nur erst stattgefunden hat, nachdem ein großer Theil der vorjährigen Theuerungsperiode bereits abgelaufen war, sondern auch die mit der theilweisen Verwendung des Geldes — beauftragt gewesene Seehandlung den Wispel Roggen für 105 Thlr. verkauft, wenigstens ausboten, und bei diesem Preise gegen den Einkaufspreis einen erheblichen Ausfall wohl nicht erlitten hat. In Berlin hat man jedoch einen Erfolg nicht wahrgenommen, denn hier ist das Gewicht des Brodes erst lange Zeit nach dem Sinken der Kornpreise gestiegen. Es wäre deshalb nicht uninteressant, zu erfahren: 1) wem die zur Linderung des vorjährigen Nothstandes verwendeten 4 Millionen Thaler zu Gute gekommen sind? 2) weshalb die erwarteten 998000 Thlr. noch nicht in die Schatzkassen zurückgefloßen sind und wer dieselben zu zahlen hat? 3) ob das Geld nicht etwa bloß zur Linderung des Nothstandes, sondern auch zur Hebung des Wohlstandes verwendet worden ist?

J. Schmidt.

— Der Bezirksvorsteher Schäfer, Fischer-Strasse 12, ladet zur Besprechung der Wahlen Nachmittags um 4 Uhr ein. Welcher Geschäftsmann, welcher Arbeiter hat da Zeit? wo man ohnedies schon so sehr beansprucht wird. Oder steckt dahinter etwas Anderes? —

S. J.

— Zur gefälligen Benutzung für Ihre „Locomotive“ in Bezug auf die jetzt angeregte Opferung auf den Altar des Vaterlandes um den Schatz des Landes, für den Fall eines Krieges, mit den nöthigen Geldern versehen zu wissen:

Das Potsdamer Garde du Corps-Regiment besitzt 20 Stück massiv silberne Trompeten und eben so 2 große massiv silberne Pauken, welches alles nur jährlich einmal zur großen Parade benutzt wird. Wenn nun von dem Bürger gefordert wird (was gewiß gern geschieht) jetzt beizusteuern, damit der Schatz im Fall eines Krieges gefüllt wäre, um das Heer gehörig auszurüsten und herzustellen, so wäre es wohl nicht mehr als billig, wenn von Seiten des Militärs auch etwas geschähe und ganz besonders würde es also angewandt (wenigstens besser angewendet sein) und zugleich eine gute Grundlage bilden, wenn

jene 20 Trompeten und 2 Pauken ausgemünzt und zur Verfügung des Schazes gestellt würden.

Ein Leser der Locomotive.

### (Freigericht.)

— (Unglaubliches Beispiel von Beamten-Despotismus.) Durch eine Deputation des Städtchens Werben in der Altmark, Kreis Osterburg, bestehend aus dem Fleischermeister Prange, dem Stellmacher Demenee und dem Schuhmachermeister Müller, wird uns die Erzählung folgender Thatsache überbracht, die wir so schnell wie möglich dem öffentlichen Freigerichte übergeben.

Schon lange war unter der Einwohnerschaft Werben's der Verdacht laut geworden, daß in Bezug auf das vom Magistrate verwaltete Communal-Vermögen Unterschleife stattfänden. Die Stadtverordneten hatten deshalb wiederholt auf Rechnungsablegung angetragen, und der Magistrat hatte solche auch wiederholt versprochen, aber niemals zur That werden lassen. — Da nun die Bürgerschaft sah, daß der Magistrat das Rechnungslegen absichtlich auf die lange Bank schob, so begab sich am 25. April d. J. eine große Deputation von Werbener Bürgern in die Stadtverordneten-Versammlung, um derselben ihre Beschwerde über den Magistrat und dessen Bekwaltung des städtischen Vermögens officiell vorzutragen und ihr anseiner zu sehen, daß es ihre Pflicht sei, hier kräftig einzuschreiten.

Die Stadtverordneten-Versammlung stimmte diesem Antrage vollkommen bei, erklärte, daß der Bürgermeister Ebel und der Rathsmann Vorkäufer, auf deren Verwaltung es dabei vorzüglich abgesehen war, das Vertrauen der Commune nicht mehr besäßen und daher genöthigt sein würden, Amt und Kassenverwaltung niederzulegen. Der Stadtverordnete Herms nahm über diese Erklärung ein Protocoll auf, welches zunächst folgende Stadtverordnete unterschrieben: Müttel (Vorsitzer der Stadtverordneten-Versammlung), Herms, Wiese, Seidenschnur, Lüge, G. Schulze, Bielefeldt, Balzier, Müller und Jänicke. — Als die Stadtverordneten-Versammlung auch die Bürger-Deputation zur Unterschrift aufforderte, der folgten dieselben solcher Aufforderung, und etwa 40 Bürger unterzeichneten ihre Namen.

Als der Bürgermeister Ebel und der Rathsmann Vorkäufer von diesem Mißtrauens-Votum Kunde erhielten, erschienen sie vor den Stadtverordneten und erklärten ihnen, daß sie bereit seien, ihr Amt niederzulegen. In welchem Ende sie die Kassenschlüssel auf den Tisch warfen. Da man ihnen aber bedeutete, daß man ihnen die Schlüssel nicht eher abnehmen werde, als bis sie Rechnung gelegt hätten, so nahmen sie die Schlüssel wieder an sich, setzten sich auf einen Wagen und fuhren in's landrätliche Amt nach Osterburg.

Es dauerte auch nicht lange, so erschien der Landrath des Kreises, ein Herr v. Jagow, in Werben an der Spitze von vier Gensdarmen, um — die „Rädelsführer“ der Bürgerdeputation „wegen Empörung gegen die Obrigkeit“ verhaften zu lassen. Und wie erfolgte diese Verhaftung? — Die vier Bürger: Kaufmann Blum, Gutmacher Schulze, Bäckermeister Ranne und Handarbeiter Wulsch wurden in ihren Häusern aufgegriffen, auf's Rathhaus geschleppt, dort zwei und zwei mit Ketten aneinander geschlossen und auf solche Weise von vier Gensd'armen in das Gefängniß nach

Seehausen transportirt, wo sie sich noch befinden!! — In gleicher Zeit erklärte der Landrath v. Jagow vom Rathhause herab alle Diejenigen, welche sich an der Deputation betheilig hatten, für unehrliche Bürger, die kein ehrlicher Mann mehr ansehen dürfe und gab so einen großen Theil der Bürger der öffentlichen Beschimpfung preis. —

Ein solcher Act von Beamtenwillkür, von Beamten-Despotismus, trug sich zu am 26. April 1848, vier Wochen nach dem Sturze des alten Systems, als dessen eifrigsten Handlanger wir den Landrath v. Jagow, im Kreise Osterburg denunciren. — In gleicher Zeit fordern wir im Namen der öffentlichen Meinung die Ministerien des Innern und der Justiz auf, die sofortige Freilassung der widerrechtlich und auf brutale Weise verhafteten in Werben ansässigen Bürger Blum, Schulze, Ranne und Wulsch pr. expr. zu verfügen, gegen den Landrath v. Jagow wegen frevelhaften Mißbrauchs der Amtsgewalt zum Nachtheile der persönlichen Freiheit in Gemäßheit des §. 337 Th. II. Tit. 20. A. L. R. unverzüglich die Criminal-Untersuchung einleiten zu lassen, und ihn sofort zu suspendiren; endlich auch eine genaue Untersuchung über die Verwaltung des Magistrats von Werben, resp. die vorläufige Suspension der bezichtigten Magistratsglieder zu verhängen.

Wir fordern Alles dies im Namen des Gesetzes und der über jenes Attentat der Bureaokratie empörten öffentlichen Meinung, der die Minister so lange direct verantwortlich sind, bis die constitutionelle Verkörperung derselben durch die National-Versammlung ins Leben gerufen ist.

Der Red.

— Die Collaboratoren des alten Systems: Oberpräsident v. Meding, Regierungs-Assessor Piper und Geheimer Hofrath Dr. John — sind ihrer Functionen officiell noch immer nicht enthoben.

— Der Collaborator des alten Systems, Ministerial-Director v. Puttkammer, ist wieder in Function getreten.

— Von den eifrigsten Mitarbeitern des alten Systems befinden sich Herr Arnim und General Reyher noch immer im neuen Ministerium.

— Die Pressfreiheit Preußens ist noch keine Wahrheit, denn der §. 151 Th. II. Tit. 20 A. L. R. ist noch immer nicht aufgehoben. —

— Das Ministerium vom 29. März steht noch immer schweigend auf der Grenzlinie zwischen dem alten und neuen System.

## Ankündigungen.

Vom 1. Mai d. J. ab wohne ich in der  
**Königsstraße Nr. 11. zwei Treppen,**  
gegenüber der Post, und bin in den Wochentagen von  
4 bis 5 Uhr Nachmittags, aber auch nur zu dieser  
Zeit, zu sprechen.

Held,

Redacteur der Locomotive.

Abonnements-Bestellungen für Berlin bitten wir der Verlags-handlung unfrankirt zuzusenden.